

Qualitativer Aussenschutz statt schrankenloser Freihandel – für Mensch, Tier und Umwelt

Dr. med. vet. Anita Idel, Mediation und Projektmanagement Agrobiodiversität & Tiergesundheit, Feldatal

Auch in der Öffentlichkeit wird neben den sozialen Problemen und denen des Tierschutzes immer wahrnehmbarer

- der Verlust von Lebensräumen, Bienen, Insektenvielfalt, blühenden Weiden und Hecken
- die Zunahme von Resistenzen bei Antibiotika – gefolgt von Antiparasitika, Insektiziden, Herbiziden, Pestiziden und Desinfektionsmitteln
- der globale Anstieg der Temperaturen mit Zunahme extremer Wetterereignisse
- die Belastung von Gewässern und Böden mit ökologisch und gesundheitlich problematischen Rückständen
- der Verlust – auch fossiler – Grundwässer und von Bodenfruchtbarkeit

All das ist kein Unfall. Es handelt sich auch nicht um Kollateralschäden einer ansonsten verantwortbaren Entwicklung, sondern um das System selbst: ein *krankes Agrar- und Ernährungssystem* – zunehmend chronisch und partiell immer auch akut krank.

Seit den 1970er Jahren sind diese Entwicklungen zwangsläufige Folge eines Ziels: Die Spitzen der Agrarindustrie sowie Agrarökonominnen und Agrarpolitiker wollten das System der sogenannten *komparativen Kostenvorteile* auch auf die Landwirtschaft angewendet wissen. Danach sollen sich Betriebe spezialisieren und jedes Produkt soll dort produziert werden, wo das am billigsten ist.

Aber billig ist nur scheinbar billig. Die zwangsläufigen Folgekosten werden externalisiert. Das gilt für den Tierschutz, den Naturschutz, den Umweltschutz ebenso wie für die sozialen Bedingungen der Menschen auf den Betrieben. Das bedeutet für Bäuerinnen und Bauern weltweit: Sie werden immer abhängiger von der Chemischen-, der Agrar- und der Lebensmittelindustrie, die ihrerseits durch horizontale und vertikale Integration immer mächtiger wird – aktuell durch die Fusion von Bayer und Monsanto. Auch in der Landwirtschaft profitieren grosse Betriebe, die die economies of scale nutzen können. In diesem Sinne heissen Überschüsse nun Exportprodukte. Der Anteil europäischer Hersteller am Milchmarkt in Burkina Faso liegt inzwischen bei fast 90 Prozent.

Laut EU-Kommission werden staatliche Subventionen gezielt dazu genutzt, die Betriebe "wettbewerbsfähig" für den Weltmarkt zu machen. Jährlich stehen 55 Milliarden Euro an Direktzahlungen für die EU-Landwirtschaft zur Verfügung. Laut Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) erhalten die 80 Prozent der Betriebe mit dem geringsten

Einkommen nur 25 Prozent der Direktzahlungen, die zehn Prozent mit dem höchsten Einkommen dagegen 55 Prozent. Gleichzeitig steigen die betriebswirtschaftlichen Risiken. EU-weit sind fast 20 Prozent der Bauernhöfe im Zeitraum von 2003 bis 2010 verloren gegangen. Generell und insbesondere im Bereich der Milch produzierenden Betriebe verschärft sich inzwischen diese Tendenz.

Umso erschreckender ist, dass auch die FAO nicht generell gegensteuert. Hinsichtlich tierischer Produkte und insbesondere beim Fleischkonsum rechnet sie den Verbrauch von heute mit dem Bevölkerungszuwachs zur Nachfrage von morgen hoch. Damit suggeriert sie einen künftigen Bedarf und argumentiert in der Folge für einen Ausbau industrieller Strukturen. Stattdessen läge es in der Verantwortung der Welternährungsorganisation, angesichts der Zerstörung von Ressourcen alles zu unternehmen, um den Trend umzukehren und nachhaltige Produktion zu unterstützen.

„Weiter wie bisher ist keine Option“

Politischen Rahmenbedingungen für Globalisierung, Spekulation und Fremdkapital bedingen eine Zunahme der Risiken. Das gilt auch für die immer grössere Spezialisierung der Betriebe, die zu Beständen mit Zehntausenden Rindern, Hunderttausenden Schweinen und Millionen Hühnern führt. Aber nicht nur die Zahl der Lebensmittel liefernden Tiere nimmt weltweit weiter dramatisch zu, sondern gleichzeitig die Intensität für jedes einzelne Tier durch Zucht, Haltung und Futter.

In der Folge verbrauchen Landwirtschaft und unser Konsum Ressourcen in einem Ausmass, das nicht nachhaltig ist und nicht nachhaltig sein kann. Gleichzeitig bedeutet der anonyme Markt für die Betriebe sowohl mangelnde Wertschöpfung – viele müssen aufgeben – als auch geringe Wertschätzung. Auf Dauer kann somit nicht nur die Landwirtschaft so weitermachen wie bisher: *Wir alle müssen das Kurzfristdenken verlassen und Umdenken.*

Statt sich weiter gegeneinander ausspielen zu lassen, erfordert das Ernährungssystem eine Kreislaufwirtschaft von Nährstoffen, die auf regionalen, naturräumlichen Zusammenhängen basiert. *Ganz im Sinn der Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDGs) erfordert das von der Politik, die ökonomischen und rechtlichen Rahmenbedingungen zu schaffen für*

- *die Entwicklung und Umsetzung sozialer, ökologischer sowie an Tierwohl und Gesundheit orientierter Nachhaltigkeitskriterien für die regionale Produktion*
- *die Abkehr von der Exportorientierung*
- *den Aufbau eines qualitativen Aussenschutzes.*

Auch das Fazit des ersten UN-Weltagrarrberichts (McIntire 2009) lautet „weiter wie bisher ist keine Option“. Statt mit Pestiziden, Medikamenten und synthetischem Stickstoffdünger weiter das kranke Agrarsystem zu stützen, benötigen Tier, Mensch und Umwelt eine (Agrar-)Politik, die durch Forschung, Ausbildung und finanzielle Förderung die Voraussetzungen für nachhaltige Entwicklung schafft. Ebenfalls 2009 belegte eine Studie (Rockstroem) das Ausmass der bereits überreizten neun planetaren Grenzen – allen voran der Klimawandel und der Verlust der Biologischen Vielfalt, gefolgt von der Überlastung der

Biosphäre durch Stickstoff und Phosphor sowie Landnutzungsänderungen durch Bodenversiegelung, Waldabholzung und Graslandumbruch.

Der Wahnsinn hat Methode

Aber auch über 45 Jahre nach „Die Grenzen des Wachstums“ (Club of Rome 1972) und über ein Vierteljahrhundert nach Rio (1992) wirkt die Maxime Wachstum weiter zerstörerisch auf Mensch, Tier und Landschaft. Hunger und Mangelernährung sind Folge der Ressourcen verbrauchenden, verschmutzenden und zerstörenden Produktionsbedingungen, derweil immer mehr produziert wird. Aber das ist – auch angesichts der Vernichtung und Verschwendung von Lebensmitteln – nur ein scheinbarer Widerspruch. Denn benötigt wird nicht ein Mehr an Nahrung oder Kalorien. Erforderlich sind gesunde Lebensmittel, von deren Produktion die Bauern leben können. Das Drama der Entwicklung der letzten Jahrzehnte wird angesichts der Tatsache offenkundig, dass weltweit der Grossteil der Hungernden zu den Kleinbäuerinnen und Kleinbauern zählt.

Ob WTO oder bilaterale sogenannte Freihandelsabkommen wie TTIP oder CETA: Global gesehen engagieren sich Bauern und oppositionelle Bauernorganisationen an der Spitze der globalisierungskritischen und freihandelskritischen Bewegung. Seit 2017 wird CETA vorläufig angewandt. 2018 stehen Abkommen mit Mercosur und Australien/Neuseeland im Vordergrund. Mit Mercosur bekommen Freihandelsabkommen insbesondere für die Tiere haltenden und somit – auch – Fleisch produzierenden Betriebe in der EU eine neue Qualität. Noch nie seit dem Hormonverbot für die Tiermast vom 20. Dezember 1985 war die Gefahr sinkender Standards zulasten der europäischen Betriebe so gross wie jetzt. Zwar gibt es für Drittländer neben der Quote für hormonfrei erzeugtes Rindfleisch von der Weide seit Oktober 2014 bereits eine erweiterte Quote für hormonfrei erzeugtes Rindfleisch aus Intensivmast. Aber mit Mercosur geht es vorrangig darum, den Export von Autos etc. zu befördern und dafür zum Ausgleich von Handelsbilanzdefiziten Abstriche bei den Standards von Agrarimporten zu machen.

Wider die Geschichtsvergessenheit (1)

– der Weg zur Exportorientierung tierischer Produkte

Seit den 1970er Jahren wurden Agrar-Forschung, -Ausbildung und -Förderung zunehmend auf das zentrale Ziel der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) ausgerichtet: Diese sollte ab der Wende zum 21. Jahrhundert nicht mehr nur (Land-)Technik exportieren, sondern auf dem Weltmarkt auch mit sogenannten veredelten, das heisst tierischen Produkten konkurrieren. Dafür sollten vorrangig die Böden (Süd-)Amerikas als Produktionsfläche von Futtermitteln für die EWG dienen. Insbesondere mit dem Blairhouse-Abkommen zeigte sich das entsprechende Interesse der Futtermittel produzierenden Konzerne und Länder an diesem Deal: Das Abkommen verpflichtete die EWG darauf, den eigenen Anbau proteinreicher Ölsaaten wie der Leguminose Soja extrem zu begrenzen. (Idel, Reichert 2013) Heute stammen laut Welternährungsorganisation FAO über 70 Prozent der in der Landwirtschaft der EU verfütterten Proteine aus Importen: Ganz entgegen ihrer eigenen Verlautbarungen ernährt die EU mit dem Export ihrer gewollten Überschüsse nicht die Welt,

sondern produziert diese auf Kosten anderer. In Wahrheit hängt die EU am Tropf. Offiziell stand die Politik von EWG und BRD noch bis in die 1980er Jahre vorrangig unter dem Motto, den Selbstversorgungsgrad mit tierischen Produkten erhöhen zu wollen. Damals wie heute wird meistens nicht wahrgenommen, dass das Erreichen völliger Selbstversorgung für Politik und Industrie eben nur ein Meilenstein auf dem Weg zum Weltmarkt war. Mit ihren Massnahmen zielten sie auf die dazu notwendigen Überschüsse: mehr Milch, mehr Fleisch, mehr Eier... Fälschlicherweise werden diese Überschüsse weiterhin häufig als Kollateralschäden wahrgenommen – ebenso wie die Folgen für Ökologie, Tierschutz und Sozioökonomie in der Landwirtschaft und in den weiterverarbeitenden handwerklichen Betrieben.

Verdient wird dabei aber immer mehr an der Landwirtschaft als *in* der Landwirtschaft.

Denn die Konzerne treiben die Industrialisierung entlang der gesamten Wertschöpfungskette – vom Acker bis zu Theke und Regal voran. Auf der Ebene der landwirtschaftlichen Betriebe stellt sich die Entscheidung als Wachsen oder Weichen dar. Aber das politische Konzept dahinter lautet Weichen und Wachsen: Die Zahl der Betriebe schrumpft dramatisch – zugunsten der Industrialisierung und immer grösserer Betriebe. So besitzt das Unternehmen Monfort of Colorado (in der Zwischenzeit Teil von ConAgra Foods) drei Feedlots mit einem Investitionsvolumen von 800 Mio. USD. Dort werden pro Jahr ca. 500 000 Bullen in drei bis vier Monaten schlachtreif gemästet. Grössenordnungen, mit denen man nicht nur nicht konkurrieren kann, sondern es aufgrund der damit zwangsläufig verbundenen Belastungen und Schäden auch nicht sollte.

Aber auch insgesamt nehmen betriebswirtschaftliche Risiken zu: Die Berliner Milcheinfuhr-Gesellschaft (B.M.G.) war der grösste Milchhändler in Deutschland. Völlig überraschend für alle anderen Marktbeteiligten meldete das Unternehmen am 09.03.2018 Insolvenz an und holt seit dem 13.03.2018 keine Milch mehr ab.

Wider die Geschichtsvergessenheit (2)

– Wachsen oder Weichen am Beispiel Milchquote

In keinem Bereich führte die staatlich gelenkte Politik des Wachsens oder Weichens so schnell zu den gewünschten Überschüssen. Dass Milchseen und Butterberge keine Zufälle waren und auch nicht überraschend kamen, zeigen die Kühlhäuser und Kühltransporter, die immer schon bereit standen, bevor die Über-Mengen anfielen. Dennoch ging der Plan schneller auf, als gewollt, denn ein Weltmarkt, der die Überschüsse aufgenommen hätte, existierte noch nicht. Deshalb konnten die Produzenten ihre überschüssige Milch in die Intervention liefern: Sie wurde ihnen zu Marktpreisen abgekauft, ohne sie mit den Lagerkosten zu belasten.

Solange es noch nicht gelang, diese Über-Mengen am Weltmarkt erfolgreich abzusetzen, kam die Intervention Staat/EU durch steigende Energiekosten teuer zu stehen. Die

Milchquote wurde Anfang der 1980er Jahre aber nicht nur wegen der hohen Kosten für die Intervention eingeführt. Hinzu kam das erhebliche Interesse der Molkereien am *Wachsen* der Betriebe zum Zweck der Kostensenkung – und dem zwangsläufig damit verbundenen *Weichen* anderer Betriebe, womit sich der Aufwand für die Abholung der Milch erheblich verringerte – ergänzt durch immer grössere Milchtanks sowie immer längere Intervalle.

Wiederum war es dann kein Zufall sondern Plan, dass die letztlich innerhalb der EU verteilte Milchquote deutlich über dem Eigenverbrauch lag. Angetreten angeblich, um Überschüsse zu begrenzen, sollte die Milchquote durch Überversorgung des Marktes nach innen wirken: Sie diente dem Strukturwandel durch *Wachsen* oder *Weichen*, da sie Grossbetriebe bevorzugte. Wer seinen Kuhbestand erhöht und Ställe neu- oder ausgebaut hatte, erhielt per Härtefallregelung höhere Quoten: Eine krasse Benachteiligung kleiner Betriebe, die Quotenkürzungen hinnehmen mussten. Viele von ihnen waren zum Aufgeben gezwungen.

Seit Einführung der Milchquote in der EWG wurde die weltweite Milchproduktion von 482 Millionen Tonnen auf rund 800 Millionen Tonnen erhöht. Die Länder mit der grössten Überschussproduktion sind Neuseeland, USA, Australien sowie – trotz Milchquote: Frankreich, Irland und Deutschland. Inzwischen wurde die in Deutschland erzeugte Milchmenge von 25,6 Millionen Liter (1985) über 28,6 (1995), 30,3 (2011), 30,6 (2014) auf ca. 32,8 (2016) gesteigert.¹

Wir brauchen eine Agrar(r)evolution!

Wissenschaft und Politik agieren überwiegend im Reparaturmodus. Ob Pestizide oder Antibiotika, beide sind tragende Säulen des kranken Agrarsystems. So gehen wir immer mehr ins Risiko, denn wir sind Weltmeister in der Schadensbegrenzung. Wir beschäftigen Tausende Wissenschaftler und geben Millionen in Forschung und Praxis aus – und verlangsamten doch bestenfalls nur die Schadensentwicklung, statt wirklich nachhaltige Ansätze zu entwickeln bzw. zu fördern. In der Natur geht es immer um Kreisläufe, also müssen Wissenschaft und Politik in Systemen denken und handeln. Wer nur Teile berücksichtigt oder Fragen bearbeitet, die die Realität nicht angemessen abbilden, zieht zwangsläufig häufig falsche Schlüsse.

Warum zum Beispiel kommen fast alle Studien zu dem Schluss, Kühe seien schlechte Futterverwerter? Nicht weil die Studien gefälscht wären, sondern weil ihr Ansatz, das Studien-

¹ Die durchschnittliche Milchleistung pro Tier und Jahr wurde in Deutschland seit Ende der 1960er Jahre mit 3.500 Litern bis 2014 mit über 8.000 Litern züchterisch mehr als verdoppelt. Gleichzeitig schrumpfte die Politik des *Wachsens* oder *Weichens* die Zahl der Betriebe und Kühe: In Deutschland melken von 370.000 Betrieben im Jahr 1984 heute nur noch gut 75.000 Milchviehbetriebe. Während die Gesamtzahl der Milchkühe von 5,2 Millionen (1995) auf 4,3 Millionen (2014) sank, stieg sie pro Betrieb erheblich. Und wiederum war es der Plan, dass vom Ende der Milchquote am 1. April 2015 weiterhin die Wachstumsbetriebe profitieren sollten (Jürgens 2016). Aber obwohl sie die meisten Subventionen erhalten, bedrohen die geringen Auszahlungspreise für die Milch auch ihre Existenz.

design, nicht angemessen ist. Gemessen wird nicht, was die Kuh besonders gut kann, nämlich Gras verdauen, sondern wie effizient sie mit Intensivfutter wie Getreide, Mais, Soja Milch und Fleisch bildet. Aber dass Allesfresser wie Schwein und Huhn – und auch der Mensch – das natürlich viel besser können, ist bereits bekannt, bevor solche Studien durchgeführt werden.

Der Trend lautet hingegen weiterhin Intensivierung. Beispiel Nordrhein-Westfalen (NRW): Innerhalb von 20 Jahren wurde der Bestand an „Milch-“Kühen dort mehr als halbiert, aber gleichzeitig stieg die ermolzene Milchmenge an.² Das heisst, abgeschafft wurden Weidetiere, die wesentlich vom Gras und deshalb viel weniger in Nahrungskonkurrenz zum Menschen leben. Hingegen wurden die Lebensbedingungen der verbleibenden Hochleistungskühe umso intensiver: Krankheitsanfälligkeit sowie die als Berufskrankheit bezeichneten Euter-entzündungen sind der Preis, den einseitig auf Hochleistung selektierte Kühe zahlen. Hinzu kommt ein massiver Antibiotikaeinsatz. Untrennbar damit verbunden klafft die Schere zwischen Milchhöchstleistung und Fleischansatzvermögen, so dass männliche Kälber an Wert verlieren und tendenziell vernachlässigt werden.³

Ähnlich beim Klima. Was wird mit berechnet – und was nicht. Im Gegensatz zu Klimastudien in der Industrie ist es unwissenschaftlich, die Bewertung der Landwirtschaft auf die vergleichende Messung von Emissionen zu beschränken. Denn hier geht es ja nicht nur um die Freisetzung von Klimagasen, sondern auch um das Potenzial, CO₂ durch Bodenbildung zu binden.

Aber warum kommen fast alle Studien zu dem Schluss, Rinder seien Klima-Killer? Die Hauptmenge des Methans entsteht im Pansen der Rinder bei der Verdauung von Gras. Ist das Forschungsziel darauf beschränkt, Methanemissionen pro Liter Milch oder pro Kilogramm Fleisch zu reduzieren, lautet die Schlussfolgerung zwangsläufig: Runter von der Weide und intensiv füttern. Entscheidend sind aber die gesamten Klimaeffekte der jeweiligen Rinderhaltung und Fütterung. Genau wie bei unterschiedlichen Ernährungsstilen von Menschen müssen deshalb Energie- und ressourcenintensiv gehaltene Rinder mit nachhaltig gehaltenen verglichen werden.

Dann hat genau diejenige grasende Kuh gewonnen, die bei nachhaltigem Beweidungsmanagement von der Zucht her zum Futterangebot passt. Denn erstens belastet der intensive Anbau von Importsoja, Mais und Getreide die Atmosphäre durch Bodenverlust und Dünger. Importfuttermittel belasten die Herkunftsländer und entziehen ihnen gleichzeitig wichtige Nährstoffe. Infolge der Nährstoffüberschüsse durch die dann hier produzierten tierischen

² Wilstacke, Ludger (2011): Tierhaltung im Spannungsfeld verschiedener Interessen. Landwirtschaftstagung Ev. Akad. Villigst, LWK NRW, FH Südwestfalen, Natur- und Umweltschutz-Akademie, Zentrum für ländliche Entwicklung, 30.11. – 01.12.2011 in Schwerte.

³ Busse, Tanja (2015): Die Wegwerfkühe, Blessing.

Produkte stellen wir dann so absurde Fragen wie: „Wie viel Gülle kann der Boden schlucken?“ Statt: „Was brauchen Bodenfruchtbarkeit und biologische Vielfalt für eine Bewirtschaftung, um auf Dauer erhalten zu bleiben? Zudem entsteht beim Einsatz von synthetischem Stickstoffdünger Lachgas, welches mehr als 300mal klimarelevanter ist als CO₂. Und zweitens gehört zum agrarwissenschaftlichen Kreislaufdenken auch das Potenzial zur Entlastung der Atmosphäre. Dann wird schnell klar: *Der wahre Klimakiller ist immer Mensch.*

Je mehr industrialisiert wird, desto intensiver wird ein System gefördert, das von Monokulturen dominiert wird. Aber je weniger Arten in einem Lebensraum angesiedelt sind, desto instabiler und anfälliger wird er zum Beispiel für negative Einflüsse wie Trockenheit oder Organismen, die schädigend wirken können. Auch die Produktivität der Flächen sinkt.

Über Jahrzehnte konnten die Effekte von Herbiziden einschliesslich Totalherbiziden auf Insekten im Ackerbau durch den Lebensraum Dauergrasland teilweise kompensiert werden. Aber durch die Zunahme der Intensivierung bei der Mahd (durch das gleichzeitige Mähen zusammenhängender Flächen) und bei der Beweidung kann das Insektensterben nicht mehr vergleichbar gebremst werden.

Beispiel Biene, weil sie so bekannt ist unter den bedrohten heimischen Arten. In Deutschland leben 569 Bienenarten. Nur eine davon ist die Honigbiene. Die 568 anderen Arten sind Wildbienen. Diese bestäuben mehr als 50 Prozent der Kultur- und Wildpflanzen, aber 60 Prozent von ihnen sind bereits im Bestand bedroht. – Eine Gefährdung für die Ernährung. Hier liegt eine grosse Chance für nachhaltige Graslandnutzung.

Der dauerhafte Schutz biologischer und sozialer Ressourcen erfordert Transparenz auf allen Ebenen. Dazu zählt eine nachvollziehbare Kennzeichnung der Herkunft – der Produktionsqualität. In diesem Rahmen gehört die Werbung auf den Prüfstand. Darüber hinaus ist ein an den Standards für die inländische Produktion orientierter qualitativer Aussenschutz unverzichtbarer Bestandteil einer demokratischen Agrar(r)evolution.

Lit

Idel, A. and T. Reichert (2013): Livestock production: a climate change and food security hot spot. Livestock production and food security in a context of climate-change and environmental and health challenges. In: Wake up before it is too late. Transforming Agriculture to cope with climate change and assure food security. UNCTAD Trade and Environment Review 2013, Hoffmann, U. (Ed.) Geneva. <http://unctad.org/en/pages/PublicationWebflyer.aspx?publicationid=666>.